

Antrag des Politischen Departements an den Bundesrat¹

SCHLUSSDOKUMENT DES «BELGRADER TREFFENS 1977» DER KONFERENZ ÜBER SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA (KSZE)

Nicht ausgeteilt

Bern, 5. März 1978

Das erste der in der Schlussakte² erwähnten Folgetreffen der 35 Teilnehmerstaaten im Rahmen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) steht vor dem Abschluss. Am Abend des 4. März haben eine Anzahl Delegationen aus der NATO, dem Warschaupakt und aus der Gruppe der Neutralen und Blockfreien (N + N) dem Treffen den Entwurf zu einem Schlussdokument³ unterbreitet, über den Montag den 6. März 1978 abgestimmt wird. Es kann angenommen werden, dass der für diesen Beschluss erforderliche Konsensus zustandekommen wird, nachdem nur Malta noch Bedenken angemeldet hat⁴.

Entgegen den Erwartungen welche die Mehrheit der Mitgliedstaaten, darunter auch die Schweiz, in dieses Treffen und in seinen Ausgang setzten⁵, zeigten die Verhandlungen der letzten Wochen, dass es nicht möglich ist, sich auf ein substantielles Schlussdokument zu einigen⁶. Im Antrag an den Bundesrat vom 26. September 1977⁷ betreffend die Instruktionen für die schweizerische Delegation an diesem Treffen stellte das Eidgenössische Politische Departement fest, der Verlauf dieser Zusammenkunft hänge weitgehend von dem damals «nicht mit Sicherheit vorauszusehenden Verhalten der Teilnehmerstaaten, nicht zuletzt von demjenigen der USA und der UdSSR» ab. Gerade die Beziehungen zwischen Washington und Moskau waren jedoch in den letzten Monaten beträchtlichen Spannungen unterworfen. Dies ist einerseits auf die Menschenrechtsfrage und ihre Auswirkungen, insbesondere im Herrschaftsbereich der UdSSR⁸, sowie die beträchtlichen Aufrüstungsbestrebungen der

1. Antrag: CH-BAR#E1004.1#1000/9#853*. Unterzeichnet von P. Aubert.

2. Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vom 21. Juli 1975, doc. CSCE/CC/64, *BBl*, 1975, II, S. 924–1006. Vgl. dazu *DDS*, Bd. 26, Dok. 177, dodis.ch/38875.

3. Für das dem Bundesrat unterbreitete *Projet de déclaration finale de la réunion de Belgrade 1977 (CSCE)*, das doc. CSCE/BM/78 entspricht, vgl. das *BR Prot. Nr. 410* vom 6. März 1978, dodis.ch/49325.

4. Vgl. dazu das Telegramm Nr. 54 von R. Bindschedler an P. Aubert, A. Weitnauer und die Politische Direktion des Politischen Departements vom 2. März 1978, dodis.ch/49388.

5. Vgl. dazu *DDS*, Bd. 27, Dok. 89, dodis.ch/49323.

6. Vgl. dazu *DDS*, Bd. 27, Dok. 121, dodis.ch/49324.

7. Für den Antrag vgl. das *BR-Prot. Nr. 1625* vom 3. Oktober 1977, dodis.ch/49389.

8. Zur Menschenrechtspolitik der Regierung Carter vgl. das Schreiben von R. Probst an A. Weitnauer vom 22. Februar 1977, dodis.ch/49376; das Schreiben von E. Brunner an A. Weitnauer vom 11. März 1977, dodis.ch/49377 sowie die Notiz von J. Cuendet vom 20. März 1978, dodis.ch/49787. Für eine Intervention der schweizerischen Delegation zu Gunsten der Einhaltung von Menschenrechten in der UdSSR vgl. *DDS*, Bd. 27, Dok. 96, dodis.ch/48698. Zur Frage der Entwicklung einer



Warschauptaktstaaten und andererseits auf die Entwicklung im Horn von Afrika⁹ zurückzuführen. Die schweizerische Delegation wird in ihrem Bericht¹⁰ an den Bundesrat über das «Belgrader Treffen 1977» näher auf den Konferenzverlauf eingehen.

Es kann aber schon jetzt festgestellt werden, dass dieses Treffen wohl den ersten Teil seines Mandats erfüllte, indem es «einen vertieften Meinungsaustausch über die Durchführung der Bestimmungen der Schlussakte und die Ausführung der von der Konferenz definierten Aufgaben» pflegte und dass dieser Gedankenaustausch über die Entwicklung in den einzelnen Signatarstaaten auf allen durch die Schlussakte erfassten Gebieten zweifellos als positives Novum im gesamteuropäischen Dialog gewertet werden muss. Die kompromisslose Haltung der osteuropäischen Staaten gestattete es jedoch nicht, wie vorgesehen, auch «über die Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen, die Verbesserung der Sicherheit und die Entwicklung der Zusammenarbeit in Europa und die Entwicklung des Entspannungsprozesses in der Zukunft» zu verhandeln. Somit entfielen die vorwärtsblickenden Aspekte der Konferenztätigkeit, die Prüfung der zahlreichen, damit in Zusammenhang stehenden Vorschläge, was wiederum den Verzicht auf ein substantielles Schlussdokument erklärt.

Das am 4. März eingebrachte Dokument stellt, an einen protokollarischen Teil ausschliessend fest, dass die Mitgliedstaaten sich der Bedeutung einer Weiterführung des Entspannungsprozesses bewusst sind, dass sie die Bestimmungen der Schlussakte bekräftigen und den Meinungsaustausch über die Inkraftsetzung der einzelnen Bestimmungen an sich als einen Beitrag im Hinblick auf die Zielsetzungen der KSZE betrachten. Es wird festgehalten, dass mit Bezug auf die dem Treffen unterbreiteten Vorschläge kein Konsensus erzielt werden konnte. Trotzdem einigen sich die Mitgliedstaaten im Rahmen der Konferenzfolgen der KSZE auf die Einberufung eines weiteren Treffens in Madrid am 11. November 1980. Im September 1978 soll in Montreux, entsprechend der Schlussakte, das von der Schweiz angeregte Expertentreffen zur Prüfung und Ausarbeitung einer allgemein annehmbaren Methode der friedlichen Regelung von Streitfällen beginnen¹¹. Auf Juni 1978 wird in Bonn unter der Bezeichnung «Wissenschaftliches Forum» eine Zusammenkunft führender Persönlichkeiten der Wissenschaft aus allen Teilnehmerstaaten einberufen¹². Eine Arbeitsgruppe wird an einem noch zu bestimmenden Datum in La Valetta zusammentreten und sich mit den vor allem die Mit-

schweizerischen Menschenrechtspolitik vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 114, dodis.ch/49960.

9. *Vgl. dazu den Politischen Bericht Nr. 6 von F. Bohnert vom 21. März 1977, dodis.ch/53267; den Politischen Bericht Nr. 17 von F. Bohnert vom 24. Juni 1977, dodis.ch/50852; die Notiz von J. Cuendet vom 20. Januar 1978, dodis.ch/50358; den Politischen Bericht Nr. 7 von F. Bohnert vom 13. März 1978, dodis.ch/53268; das Referat von P. Aubert von 1. Mai 1978, dodis.ch/48333 sowie den Politischen Bericht Nr. 25 von F. Bohnert vom 17. Juli 1978, dodis.ch/53269.*

10. *Bericht von R. Bindschedler, E. Brunner und H. Renk vom 31. März 1978, dodis.ch/49390.*

11. *Zum zwischen dem 31. Oktober und 11. Dezember 1978 abgehaltenen KSZE-Expertentreffen in Montreux vgl. den Bericht von B. Godet vom 19. Februar 1979, dodis.ch/49392.*

12. *Vgl. dazu den Bericht von P. Troendle vom 4. August 1978, dodis.ch/49395 sowie die Notiz von N. Roulet vom 19. September 1978, dodis.ch/49396.*

telmeerstaaten betreffenden Fragen auf dem Gebiet der Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur befassen¹³.

Es war nicht möglich Expertengruppen einzusetzen, die sich mit den die Schweiz besonders interessierenden Fragen des Austauschs von und des Zugangs zu Informationen¹⁴ einerseits und des Ausbaus der sogenannten vertrauensbildenden Massnahmen andererseits befasst hätten, da hierüber keine Einigung erzielt werden konnte.

Unter Bezugnahme auf diese Ausführungen beehren wir uns zu *beantragen*:

Das Eidgenössische Politische Departement wird beauftragt, die schweizerische Delegation am «Belgrader Treffen 1977» der KSZE zu ermächtigen, dem am 4. März 1978 eingebrachten Entwurf zu einem Schlussdokument¹⁵ zuzustimmen¹⁶.

13. Zur Vorbereitung des KSZE-Expertentreffens in La Valletta vgl. die Notiz von P. Troendle vom 20. September 1978, dodis.ch/49393, Punkt 5.

14. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 79, dodis.ch/49213.

15. Für das dem Bundesrat unterbreitete Projet de déclaration finale de la réunion de Belgrade 1977 (CSCE), das doc. CSCE/BM/78 entspricht, vgl. das BR-Prot. Nr. 410 vom 6. März 1978, dodis.ch/49325. Für die finalisierte Version des abschliessenden Dokuments des Belgrader Treffens 1977 vom 8. März 1978 vgl. dodis.ch/49391.

16. Der Antrag wurde vom Bundesrat ohne Änderungen angenommen. Vgl. das BR-Prot. Nr. 410 vom 6. März 1978, dodis.ch/49325.